

Düsseldorf, den 16. Oktober 2014



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Landesbezirk  
Nordrhein-Westfalen

## **Bewachungsgewerbe – Resolution gegen Rassismus**

Die Tarfkommmissionsmitglieder Sicherheitsdienstleistungen der ver.di Landesbezirke Nordrhein-Westfalen; Baden Württemberg, Hamburg und Niedersachsen-Bremen haben auf einer gemeinsamen Sitzung eine Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe beschlossen und klare Forderungen der Beschäftigten an die Verantwortlichen in den Unternehmen und der Politik formuliert: Es braucht aus Sicht der betroffenen Beschäftigten Ombudsleute, interne funktionierende Frühwarnsysteme und vor allem eine Aufstockung der Budgets für eine ausreichende Personalbemessung und Aufwertung der Bewachung.

Resolution der Tarfkommmissionsmitglieder Sicherheitsdienstleistungen aus den ver.di Landesbezirken Nordrhein-Westfalen; Baden Württemberg, Hamburg und Niedersachsen-Bremen

## **Kein Platz für Rassismus im Bewachungsgewerbe – Bessere Bedingungen für Flüchtlinge und Beschäftigte**

Kochverbote am Abend während des Ramadans, geschlagene und verletzte Flüchtlinge und das Posen nach Art der Militärs in Guantanamo - das ist nur ein kleiner Ausschnitt von Vorwürfen, die den Sicherheitsdiensten in Flüchtlingsheimen vorgeworfen werden.

Wir, die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Bewachungsgewerbe, sagen dazu:

- Kein Platz für menschenverachtenden Rassismus. Für die Missachtung von Menschenrechten und das Vergreifen an der vermeintlich schwächsten Gruppe in unserer Gesellschaft gibt es keine Entschuldigung. Für rassistisch motivierte Gewalt ist bei uns im Sicherheitsgewerbe und auch in anderen Berufsgruppen kein Platz.

- Eine Uniform kann den Staat nicht ersetzen. Die Gewalt wird allerdings auch begünstigt durch die Verhältnisse in den Flüchtlingsunterkünften: Menschen werden willkürlich in zu großen Gruppen auf zu wenig Platz ohne Berücksichtigung der Konflikte aus ihren Herkunftsländern zusammengepfercht. Die Integration in die umliegenden Stadtteile, Gemeinden oder Dörfer wird durch Kasernierung verunmöglicht. Hier müssen die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung ihre Ver-

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:  
Uwe Reepen  
Pressestelle  
ver.di NRW

Karlstraße 123-127  
40210 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 61 824-115  
Telefax: (02 11) 61 824-460  
Email:  
Pressestelle.nrw@verdi.de

antwortung wahrnehmen. Eine Uniform ist kein Allheilmittel.

- Der Staat zieht sich zurück und überlässt das Feld den billigsten Anbietern.

Die Städte und Gemeinden drücken auf die Kostenbremse mit fragwürdigen Konsequenzen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Zweifelhafte Dienstleister bekommen den Zuschlag und vergeben ihre Dienste an Subunternehmer. Mit der Konsequenz, dass das letzte Glied in der Verantwortungskette - die Sicherheitsmitarbeiterinnen und Sicherheitsmitarbeiter - Verantwortung übernehmen sollen für Zustände, die sie nicht zu verantworten haben und für die sie nicht ausgebildet wurden.

Wir fordern von den Verantwortlichen in Politik und Unternehmen:

1. Kontrollieren Sie die Umsetzung ihrer Verträge in den Flüchtlingsunterkünften und verlassen Sie sich nicht auf die Lippenbekenntnissen der direkt oder indirekt beteiligten Unternehmen.
2. Qualifizierte Aufgaben erfordern qualifiziertes Personal, das entsprechend bezahlt werden muss.
3. Stocken Sie ihre Budgets für externe Dienstleister auf, damit genügend Spielraum für Qualität und Personalbemessung vorhanden ist.
4. Richten Sie ein internes Frühwarnsystem gegen rechtsextremistische Einstellungen und Praktiken von Sicherheitskräften ein.
5. Richten Sie unabhängige Ombudsleute in den Flüchtlingsunterkünften ein, die die Beschwerden und Bedarfe von Flüchtlingen weiterverfolgen können, und auch ein Ohr für Whistleblowers aus den Sicherheitsdiensten haben.

Kontakt: Andrea Becker, 0170 800 24 28